

## Ausgerechnet Bismarck als Vorbild

Timothy G. Ash kam aus dem Staunen gar nicht mehr heraus: „Es ist auch interessant, dass Bundeskanzler Brandt am 18. Januar 1971 in einer Erklärung anlässlich des hundertsten Jahrestages der Gründung des Deutschen Reichs Bismarck als einen »der großen Staatsmänner unseres Volkes« bezeichnete. »Die Lösung von vor 100 Jahren«, so schrieb er, »entsprach den damaligen Einsichten und Möglichkeiten. Die weltpolitische Situation heute verlangt neue Formen des politischen Zusammenlebens und Zusammenwirkens. [...] Das Ereignis von 1871 kann heute kein Vorbild sein. Wirken und Leistung Bismarcks sind jedoch ein bleibendes Beispiel dafür, dass nur kluges und mutiges Handeln, nicht aber tatenloses Abwarten, uns den gesetzten Zielen näherbringt.« – ein Seitenhieb auf die christdemokratische Opposition.“ Bei *Bismarck* legte sich Brandt mit *Adenauer* frontal an, der nun gerade „ein westliches Deutschland ohne die ungeschickte Übergröße des Bismarckreichs“ wünschte. Weit kam Brandt ja dann auch nicht, weil er nicht die Grenzen von 1945 unterschrieb. Es ist zum Weinen. Vier Jahre hielt der Mann die Schlüssel für ein Ende des *Kalten Krieges* in der Hand und gab ihn dann unverrichteter Dinge an die Bonner Strategen ab: „Richard Nixon schmeichelte uns immerhin mit dem Satz, der Schlüssel für Europa liege in Deutschland. Im Sommer '71 sagte er mir: »Europa wird Zeit brauchen, aber die Deutschen werden eine größere Rolle in der Welt spielen für den Rest des Jahrhunderts.« Als ich Ende der achtziger Jahre Vorträge an mehreren amerikanischen Universitäten hielt, konnte ich – von Kalifornien bis Neuengland – sicher sein, nach der »re-unification« und deren Zeitpunkt gefragt zu werden. (Und, Anschlussfrage: Ob dann endlich die amerikanischen Soldaten heimkehren könnten?) Harold Wilson und Edward Heath verstanden es beide, die Besorgnisse der britischen Politik sehr diskret zum Ausdruck zu bringen. Nicht viel anders als ihre Kollegen in Paris waren die Verwalter diplomatischen Erbes in London zum einen durch ein schlechtes Gewissen, zum anderen durch eine vage Hoffnung beeinflusst. Man hatte 1939 den Polen ebensowenig helfen können wie den Tschechoslowaken ein Jahr zuvor.“ Nixon schmeichelte nicht.

## Das Ostbüro der SPD wird zu Staub

„Viele in der SPD hatten in den Jahren und Jahrzehnten vor der Wende ein falsches Verständnis von der Entspannungs- und Annäherungspolitik gegenüber der DDR und damit der SED. Erster Schritt ihrer übertriebenen Anbiederung war die Aufhebung ihres Ostbüros in Berlin. Jene Mitglieder der SPD, die infolge der Vereinigung beider Parteien tatsächlich zu Opfern wurden und die unterschiedlichsten Schicksale durchlitten, gerieten innerhalb ihrer Partei in dem Maße in die Isolation, wie die SPD sich der Führung der DDR zuwandte.“

Als Helmut Bärwald im Januar 1971 seinen Dienst im Nachfolgereferat des SPD-Ostbüros quittierte, wurde dieses Referat 1971 dann endgültig aufgelöst. Bärwald war mit seinem Schritt einem Parteiordnungsverfahren zuvorgekommen. „1970 war Helmut Bärwald sogar als BND-Vizepräsident ins Gespräch gebracht und in diesen Ambitionen vom Vorsitzenden des Arbeitskreises Inneres der SPD-Bundestagsfraktion, Hermann Schmitt-Vockenhausen, unterstützt worden. In die engere Wahl geriet er als »Kalter Krieger« jedoch nicht.“ Witzig die Parallele. Franz Josef Strauß hatte den frühen Brandt auch als Kalten Krieger eingeordnet. Als der Kalte Krieg auf der Basis des erreichten *Status quo* in Europa beendet werden sollte, wurden die Leute vom Spieltisch gesetzt, die dieses Vehikel für bare Münze genommen hatten.

„Einer der Gründungsväter der neuen Sozialdemokratischen Partei in der DDR, Martin Gutzeit, erinnert sich an ein Treffen mit einem Repräsentanten der westdeutschen Sozialdemokraten im Sommer 1989. Gutzeit sagte zu ihm: »Alles, was wir wollen, ist, dass ihr für uns die gleichen Rechte und Freiheiten verlangt, die ihr selber genießt.« Und in Anspielung auf das Verhalten der SPD in den achtziger Jahren sagte er schlicht: »Wie konntet ihr nur so prinzipienlos sein?«“ Und Stefan Hilsberg orakelte: „Die Bereitschaft, bestimmte Fakten zu verdrängen, weil die Wahrheit zu bitter ist, ist ein großes Problem.“ Ach, wenn er doch nur die Wahrheit dazu gesagt hätte, dann hätte ich mir dieses Buch sparen können.

## Walter Ulbricht fliegt vom Spielfeld

Mit der Ablösung Nikita S. Chruschtschows durch Leonid I. Breschnew im Oktober 1964 wurden auch die Kräfte in Ost-Berlin gestärkt, die die Vorstellung von einem demokratischen Gesamtdeutschland durch den Aufbau des Sozialismus in der DDR ablösen wollten. Markus Wolf war damals nahe dran am Geschehen: Im Sommer „1970 verdichteten sich die Anzeichen, dass Honecker zu seinem Meister Ulbricht auf Distanz ging. Mir fiel auf, wie sich der Zauberlehrling während der offiziellen Geburtstagsgratulation für Ulbricht gegen seine sonstige Gewohnheit im Hintergrund hielt. Honecker, der ohne Ulbrichts Förderung nie auf einen vorderen Platz in der Führung gekommen wäre, konnte auf die Protektion nun verzichten. Er wusste sich mit Moskau im Bunde.

Als Honecker von Abrassimow unter dem Siegel der Verschwiegenheit ein Blatt mit russischem Text über den Stand der sowjetischen Verhandlungen mit der BRD erhalten hatte, kannten wir und damit auch Ulbricht durch unsere Quelle in der FDP-Spitze bereits den vollständigen Wortlaut des Vertragsentwurfes.“

Der Staatsratsvorsitzende der DDR Walter Ulbricht wurde am 7. April 1971 schließlich gestürzt. Es ist sehr volkstümlich formuliert, wenn die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* eine Analyse, nach der Ulbricht bis zu seinem politischen Aus auf einem von der Sowjetunion unabhängigen nationalen Kurs bestand, mit dem Wort *Schmarr'n* vom Tisch fegte: „Vier zusammenfassende Analysen der Autoren beschließen das Buch; solide Arbeiten, bis auf die Tatsache, dass Reiner Weinert, unbeleckt von einschlägigen Quellen, den Schmarr'n aufischt, Walter Ulbricht sei 1971 als Nationalkommunist seiner West-Orientierung zum Opfer gefallen.“ Sollte es nicht heißen: *unbeleckt von einschlägigen Quellen, wie zum Beispiel . . .* ? Belegt wurde die gewagte, populär-wissenschaftliche Formulierung in dem Artikel nicht. Lassen Sie mich drei Sätze hier zitieren: „In der Führung der DDR lassen sich zwei politische Flügel ausmachen. Die Befürworter des NÖS [*des Neuen Ökonomischen Systems*] können dabei als die Repräsentanten eines »nationalkommunistischen Flügels« bezeichnet werden. [...]

Aber gerade seine stalinistische Prägung hatte aus Ulbricht einen ausgesprochenen Machtpolitiker gemacht, der wusste, dass nach dem Mauerbau eine rigide Fortführung des sowjetischen Modells der Wirtschaftsführung für die DDR mehr Probleme heraufbeschwor als löste.“ Weinert hatte sich also über Ulbrichts ökonomische Strategie geäußert und kein Wort über seine Deutschlandpolitik gesagt.

Von Willy Brandt stammt die Einschätzung: „Das Stück deutscher und deutsch-sowjetischer Nachkriegsgeschichte, das vom Juni '53 handelt, steht zur Korrektur an. Allerdings, Schauprozesse gegen Abweichler aus den eigenen Reihen, mit entsprechenden Aufträgen an den Scharfrichter, hätte die Führung der Einheitspartei nicht auch noch zu annullieren. Ulbricht, was immer man sonst von ihm halten mochte, hat sich jenem Ansinnen des sowjetischen Apparats entzogen und ist den Beispielen vom Balkan, aus Prag und Budapest nicht gefolgt. Gelegentlich fiel es diesem deutschen Kommunisten, der jede sowjetische Wendung nachvollzogen hatte, sogar ein, die besondere Lage Deutschlands ins Feld zu führen. Und er verzichtete wohl auch nicht auf den Hinweis, dass die führenden Kader der KPD nicht nur durch die Hitler-schen Verfolgungen, sondern auch durch die Stalinschen Säuberungen schwer dezimiert worden seien.“ Sehr gut – und hat W. B. Kontakt mit Walter Ulbricht aufgenommen? Nein.

In einer Buchrezension in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* schrieb Karl W. Fricke über Jochen Staadts Werk *Die geheime Westpolitik der SED 1960 – 1970*: „In diesen Jahren änderte auch die SED ihre Westpolitik: Sie nahm Abschied von ihrer gesamtdeutschen Orientierung und schuf die Chimäre einer »sozialistischen Nation« DDR.“ Abgesehen von der zeitlichen Einordnung deckt sich das so ziemlich mit meiner Erinnerung, dass in Thüringen zu den staatlichen Feiertagen noch in den frühen siebziger Jahren die Fenster sowohl mit schwarz-rot-goldenen als auch mit DDR-Fahnen geschmückt wurden. Und was wusste *Der Spiegel* über den bewussten Personalwechsel? „Anfang der siebziger Jahre wurde der starrsinnig gewordene Walter Ulbricht als erster Mann der SED abgelöst durch Erich Honecker, den Architekten der Berliner Mauer.“

Über den Vorgang der Entschärfung des Herrn Staatsratsvorsitzenden berichtete Markus Wolf als ein Insider: „Ulbricht, mit seinem besseren Gespür für politische Wendungen, folgte der Bewertung meines Dienstes, dass Brandts Ostpolitik ernst zu nehmen sei. [Genau das war ja, was Honecker so fürchtete wie der Teufel das Weihwasser.] Auf einer Tagung des Zentralkomitees der SED machte er sehr nuancierte Bemerkungen über die Beziehungen zur Bundesrepublik. Aus seiner Umgebung erfuhr ich, dass er sogar die Bildung gesamtdeutscher Kommissionen geplant hatte, mit diesem Vorschlag im Politbüro aber nicht durchgekommen war. [Einer, bei dem Ulbricht nicht durchkam, dürfte Genosse Honecker gewesen sein.] Die Meinungsverschiedenheiten in der Parteispitze über die Einschätzung der Bonner Regierung und der SPD wurden immer deutlicher. Ulbricht wies für ihn erarbeitete Analysen zurück, die das alte monolithische Feindbild des westdeutschen Revanchismus bestätigten. [...]

Unsere Einschätzung der Lage in der Bundesregierung wurde von den Verantwortlichen im Zentralkomitee zurückgewiesen, weil sie »Wasser auf die Mühlen Ulbrichts« und seiner Berater Gerhard Kegel und Dr. Wolfgang Berger sei. Kegel hatte seinerzeit aus der deutschen Botschaft in Moskau dem sowjetischen Nachrichtendienst den Termin von Hitlers Überfall gemeldet; Berger, Berater in Wirtschaftsfragen, kannte Ulbrichts wachsende Zweifel an der Fähigkeit Honeckers, unter komplizierteren Bedingungen Partei und Staat zu führen. Walter Ulbricht begriff die Bedeutung der wissenschaftlich-technischen Revolution. Er sah das stürmische Wachstum der Produktivkräfte in der Bundesrepublik und anderen entwickelten kapitalistischen Staaten, und er begann, daraus eigene Schlüsse zu ziehen. Mit großem Interesse verfolgte er Vorführungen von Mustern modernster technologischer Entwicklung, die mein Dienst beschafft hatte. Im kleinen Kreis verriet er seine Skepsis an der Fähigkeit Moskaus, aus den umwälzenden Entwicklungen die notwendigen Konsequenzen abzuleiten.

Die immer größer werdende Diskrepanz zwischen dem Lebensstandard in Ost und West und die damit verbundene Unzufriedenheit der DDR-Bevölkerung ließen Ulbricht wieder an längst zu den Akten gelegte Pläne denken. In Einzelgesprächen erörterte er den Gedanken

einer deutsch-deutschen Konföderation mit dem Akzent auf wirtschaftlicher und wissenschaftlich-technischer Zusammenarbeit.

Es ging ihm dabei nur darum, die Lebensfähigkeit der DDR zu erhalten. Am Ende seiner Amtszeit bewies er eine Weitsicht, die ihm kaum jemand zugetraut hatte. Da Ulbricht sich aber nicht traute, diese Gedankenspiele in der Parteiführung und im Gespräch mit sowjetischen Repräsentanten zu diskutieren, wuchs das Misstrauen der Hardliner nur. Völlig überraschend für die anderen Mitglieder der Parteiführung sprach Ulbricht auf einer Arbeiterkonferenz in Rostock von »Merkmale für eine neue geschichtliche Zäsur«. Ich glaubte damals, Ansätze eines neuen Denkens zu erkennen. Mein Minister sah das offenbar ähnlich, reagierte aber gerade deshalb entrüstet. Mielke erklärte, die Rostocker Rede sei »nicht abgestimmt« gewesen.

Ungeduldig erwartete er die Rückkehr des Leiters der Berliner KGB-Vertretung, Iwan Fadejkin, der wegen der Vorgänge im Politbüro nach Moskau geflogen war, um mit Andropow zu konferieren. Honecker reiste ebenfalls nach Moskau, um sich bei Breschnew über Ulbricht zu beschweren. Breschnew bestärkte ihn in dem Plan, Ulbrichts Nachfolge als SED-Chef anzustreben. Gemeinsam mit Honecker zog er die Fäden, die zum Sturz Ulbrichts führen sollten. Walter Ulbricht war ein Mann mit Fehlern und Schwächen. Er war ein Kommunist stalinscher Prägung. Er hatte ein ausgeprägtes Gefühl für Macht und kannte kaum Skrupel. Seine Neigung zu eigenmächtigen Entscheidungen und zur Selbstüberhebung wurden durch den Altersstarrsinn des fast Achtzigjährigen noch verstärkt. Aber all das warfen ihm seine Widersacher nicht vor. Er sollte entmachtet werden, weil er mit bemerkenswertem Realitätssinn die Lage im sich verändernden Europa sah und über politische Konsequenzen dieser Entwicklung nachdachte. Als die Intrigen gegen Ulbricht selbst im inneren Führungszirkel noch nicht für alle zu erkennen waren, bekam ich ihre Auswirkungen bereits zu spüren. Mielke übermittelte mir die Missbilligung Honeckers, weil ich den Bericht über ein mehrstündiges Treffen mit einem der führenden Männer der SPD-Fraktion an Ulbricht weitergegeben hatte. So weit war es also schon gekommen, dass der erste Mann in Partei und Staat wichtige Informationen des Nachrichtendienstes nicht mehr erhalten

sollte. [...] Über den Ablauf der Entmachtung Ulbrichts ist viel geschrieben worden. Aber die Umstände waren dramatischer, als es die 1990 bekanntgewordenen Dokumente verraten. Zur entscheidenden Konfrontation zwischen Ulbricht und Honecker kam es bei einem Vier-Augen-Gespräch im Sommersitz Dölln. Vor der Begegnung hatte Honecker die Männer des Personenschutzes aufgefordert, ihn von seinem Jagdsitz Wildfang abzuholen und zu Ulbrichts Residenz in Dölln zu begleiten.

Die Leute der Hauptabteilung Personenschutz wunderten sich über den ungewöhnlichen Befehl, zu einem solchen Besuch unter Freunden nicht nur die normale Ausrüstung, sondern auch Maschinenpistolen mitzunehmen. Vor Ulbrichts Residenz angekommen, berief sich Honecker gegenüber dem Kommandanten auf seine Weisungsbefugnis als verantwortlicher ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen. Er ordnete an, alle Tore und Ausgänge zu besetzen und die Nachrichtenverbindungen zu kappen. Honecker schien also entschlossen, seinen Ziehvater festzusetzen, falls dieser sich seinen Forderungen verweigern sollte. So weit kam es nicht. Nach eineinhalbstündiger harter Auseinandersetzung resignierte Ulbricht, verlassen von Moskau und der Mehrheit des Politbüros. Er unterschrieb das geforderte Rücktrittsgesuch an das Zentralkomitee.

Er hoffte noch, das Gesicht zu wahren und als Staatsratsvorsitzender politischen Einfluss ausüben zu können. Aber Honecker unterband das mit der gleichen Härte, mit der er den Sturz betrieben hatte.

Verbittert sprach der alte Mann, der ein Stück deutsche Geschichte mitgeschrieben hatte, von einem Putsch Honeckers und Mielkes, seiner ehemals engsten Vertrauten. Nicht einmal zwanzig Jahre später schloss sich der Kreis, als Honecker – Ironie der Geschichte – auf ähnliche Weise vom Sockel gestoßen wurde. Auch er sprach danach von einem Putsch. Vom Ende der Ära Ulbricht und der Inthronisierung Honeckers versprachen sich viele Menschen in der DDR frischen Wind. Anfänglich sah es in der Wirtschafts- und Kulturpolitik tatsächlich nach einem Neubeginn aus. In der Führung praktizierte Honecker einen kollegialeren Leitungsstil; er ließ andere Meinungen gelten, forderte sie sogar heraus. Aber diese Ansätze waren bald vergessen.

Honecker war wie sein Lehrmeister Ulbricht ein Produkt des real existierenden Sozialismus. Reformideen, die es immer wieder gab, hatten keine Chance. Schon vor der Eröffnung des VIII. Parteitags waren die Delegierten in einer Instruktion darauf hingewiesen worden, dass es »keinen Grund zur Fehlerdiskussion« gebe, Probleme würden »im Vorwärtsschreiten« überwunden – Floskeln, die uns bis zum Oktober 1989 begleiteten. Jeder Versuch einer demokratischen Diskussion innerhalb der Partei wurde unterdrückt.“ Die Starrsinnigen im Westen und im Osten bemerkten bei dem an modernen Technologien interessierten Mann einen Alters-Starrsinn.

Der Wechsel zu Erich Honecker wurde denn auch nicht nur in Moskau begrüßt. 1994 befragte das bekannte Hamburger Straßenblättchen *Der Spiegel* den guten Katholiken Dr. Wolfgang Vogel: „Wann hat sich das Verhältnis der DDR zu Wehner entkrampft? Bis Mitte der sechziger Jahre hat das MfS offenbar erwogen, Wehner wegen der Denunzierung von Genossen bei Stalins Schergen unter Druck zu setzen.“ Vogel gab hier zur Antwort: „Von den jetzt veröffentlichten Unterlagen wusste ich damals nichts. Herbert Wehner war nicht gern gesehen bei Walter Ulbricht und Hermann Matern. Matern war damals im Politbüro der SED zuständig für den Bereich, über den Wehner und ich verhandelten. Matern hat mehrere Begegnungen zwischen Wehner und mir verhindert.“

Es ist sehr bedauerlich, dass *Der Spiegel* immer so knapp und so gezielt durcheinander zitiert. Während Wolfgang Vogel in der Presse immer als Unterhändler Erich Honeckers bezeichnet wird, sagte er in klaren und deutlichen Worten: „Ich war kein Top-Agent der Stasi.“ Dass er damit absolut Recht hatte, macht auch ein hingeworfener Zusatz bei Baring klar: „Das waren während langer Jahre in West-Berlin Jürgen Stange, in Ost-Berlin Wolfgang Vogel, ein Freund Honeckers, wie es hieß.“ Wessen Unterhändler war Herr Dr. Vogel folglich, wenn ihn der *Big Boss* in Ost-Berlin nicht sehen wollte, wenn er hingegen mit den Leuten sprach, die auf einer Welle mit Adenauers Linie waren?

Weiter fragte *Der Spiegel*: „Das änderte sich mit Honeckers Aufstieg?“ Und darauf entgegnete der Gefragte: „Ich kann mich erinnern, als über Ulbrichts Nachfolger spekuliert und Honecker ins Gespräch gebracht wurde. Da sagte Wehner: »Das könnte wohl für die Anliegen, die wir beide haben, ganz gut sein.«“ Wie ich die Geschichte auch drehe und wende, ich komme immer auf dasselbe Ergebnis: der Vertrauensmann Adenauers, Wehner, wollte wie auch Breshnjew eine autonome DDR.

Jetzt denken Sie bestimmt, wenn das mal einer dem Erich Honecker gesteckt hätte! Dann wäre der doch nicht immer so furchtbar nervös gewesen mit seinem Sozialismus. Der hätte dann in Ost-Berlin in aller Ruhe regieren können und uns nicht ständig mit seiner nervtötenden Klassenauseinandersetzung mit der impärialistischen BeÄrDe stressen müssen. Gut, der Brandt hat es ihm nicht gesagt, weil er nicht wusste, welches gemeinsame Anliegen Herbert Wehner und Wolfgang Vogel hatten. Aber Franz Josef Strauß hat es dem Erich gesagt. Über den Alexander. Es war ein bisschen spät. 1985. Aber am 10. Juni 1985 hat er es ihm gesagt! Weil es einfach viel zu schön ist, will ich das hier schon verraten: „Eigentlich darf ich Ihnen dies gar nicht sagen, Herr Schalck, aber nehmen Sie das mal mit, ich und meine politischen Freunde sind froh, dass Erich Honecker als Staatsratsvorsitzender und Generalsekretär die Geschicke der DDR leitet. Wir hoffen, dass das noch viele Jahre der Fall ist.“

Überlegen Sie sich doch nur, wie es alles hätte kommen können. Erich Honecker hätte sich erstmal nur gewundert. Dann hätte er den Strauß mal selbst eingeladen und sich entspannt; und bevor ein gewisser Gorbi eine gewisse Vorreiterrolle in Europa eingenommen hätte, wäre im Sommer 1985 ein frisch strahlender Genosse Erich Honecker an der Seite seines revolutionären Genossen Gorbi an die Verschönerung unserer Städte und Gemeinden gegangen. Mach mit! Anstatt Geld ins Militär und in die Stasi zu pumpen. Ich wäre der erste gewesen, der da mitgemacht hätte. Ich hätte garantiert mehr Elan für den Sozialismus entwickelt, als ihn Michail und Erich im Kollektiv hatten.

## Markus Wolf weiß alles über Herbert Wehner

Der Profi grübelte: „Herbert Wehner blieb für mich immer ein Mensch unauflösbarer Widersprüche. In all den Jahren, die ich mich mit dieser herausragenden Figur der deutschen Nachkriegsgeschichte beschäftigte, wurden stets nur einige Konturen des Mannes deutlicher. Das heute verbreitete, schon legendäre Bild vom »politischen Urgestein«, Demokraten und Patrioten, dem die Stasi zeitweise nach dem Leben trachtete, wird gewiss von der historischen Forschung zu differenzieren sein. Ohne Kenntnis von Wehners Einstellung gegenüber der DDR und seinen intensiven geheimen Kontakten zum realsozialistischen deutschen Staat sind manche verschlungenen Wege der Deutschlandpolitik kaum nachzuvollziehen. Die Hintergründe sind selbstverständlich nicht nur mir bekannt. In den Panzerschränken Honeckers und Mielkes befanden sich die Wehner-Dossiers. Dazu gehörten die Protokolle über seine Treffen mit Abgesandten der DDR, insbesondere die Niederschriften der Gespräche, die Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Vogel über fast eineinhalb Jahrzehnte hinweg mit Wehner führte. Die Akten aus diesen Panzerschränken wurden bekanntlich während der Wende wirren nach Westdeutschland gebracht. Warum sie bis heute weder der Öffentlichkeit noch – allem Anschein nach – den mit der Person Wehner befassten Historikern zugänglich gemacht wurden, darüber kann man nur spekulieren.“ Von praktischem Nutzen wäre gewesen, hätte er selbst damals verstanden, dass Wehner oder Strauß die Köpfe in Bonn waren und nicht Abweichler von der Bonner Linie. *Der Spiegel* schmunzelte über diese tragische Gestalt: „Markus Wolf hat vor einiger Zeit vermutet, er sei vielleicht der Mensch, der am meisten über Herbert Wehner wisse. [...] (aber) »auch wenn ich wirklich alles über ihn weiß, wird er mir ein psychologisches Rätsel bleiben.«“ Halten wir fest, dass es nicht genügt, alles zu wissen. Man muss dann auch noch verstehen. Es trug offenbar nicht zur Aufhellung bei, dass Richard von Weizsäcker am 18. April 1972 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und 1983 in *Die deutsche Geschichte geht weiter*, anmerkte: „Ich bin darüber hinaus der Meinung, dass mancher Sozialdemokrat ganz zu Unrecht als Kryptokommunist gilt, nur weil er früher Kommunist war.“

## Der Architekt der Mauer greift sich das Ruder

Die Deutschen sind ja ein flexibles Volk und zum Massenprotest lassen sie sich nur alle paar Jahrzehnte bewegen. Wie man sie zum Jubeln bringt, hat der Kaiser gezeigt. Dass sie notfalls auch Stempeln gehen, wurde in den zwanziger Jahren deutlich. Wie man sie dazu motivieren kann, die Nachbarn zu bespitzeln, wurde von Adolf Hitler vorgeführt. Mein Opa hatte Pech. Er hatte hin und wieder *Radio London* gehört. Er hatte allerdings mehr Glück als die Leute, die Hitlers zwölf Jahre nicht überlebten. Wie man mit einem vernünftigen Bauplan aus Ruinen aufsteht, hat uns Ludwig Erhard gezeigt. Mein Onkel in Augsburg hat gut gelebt. Und wie man sie zu völliger politischer Klassenabgrenzung gegenüber der ach so impärialistischen BeÄrDe bewegt, lehrte uns der Freund und Genosse Erich Honecker. Über das Leben unserer Familie nach dem „Zwischenfall“ von 1961 muss ich sicher nichts mehr sagen.

Am 18. Mai 1971 flog der neue SED-Chef Erich Honecker zu seinem Antrittsbesuch bei Leonid Iljitsch Breschnjew nach Moskau. „Honecker erkannte [...] an, was Ulbricht bis zuletzt zu hintertreiben versucht hatte: Der Ratifizierung der Verträge zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion sowie der Volksrepublik Polen wurde absoluter Vorrang gegeben.“ Der Mann mit der abgebrochenen Dachdeckerlehre sagte zu Breschnjew: „Ich möchte nochmals betonen, dass wir fest auf der Position der völligen politischen Klassenabgrenzung gegenüber der imperialistischen Bundesrepublik Deutschland stehen, so wie wir es vereinbart haben. [...] Wir beabsichtigen nicht, irgendwelche neuen Dialoge zu organisieren und irgendwelche Kompromisse in prinzipiellen Fragen zuzulassen. Im Gegenteil, gesamtdeutsche Volksfeste liegen nicht im Interesse der Entspannung.“ Wie *Wir* sie uns wünschen.

Der Politologe Ferdinand Kroh arbeitete heraus: „SED- und Staatschef Erich Honecker galt im Gegensatz zu seinem Vorgänger Walter Ulbricht damals als moskautreu.“ Kroh unterscheidet hier für meinen Geschmack nicht deutlich genug zwischen einer guten, treuen Seele mit Hundeblick und einem dünnen Jungen, der sich bei seinem großen

Bruder einschleimt, weil er weiß, dass er all den anderen Kindern nur hinter seinen breiten Schultern seinen Willen aufzwingen kann. Wie kam Kroh jedoch überhaupt auf *moskautreu*, wenn er auch feststellte: „Moskau hatte sich entschieden und den Weg zur Wiedervereinigung aus eigenem Interesse offen gelassen.“ Weiter hieß es über den Freund und Genossen Erich Honecker: „Er wollte nach seiner Machtergreifung 1971 eine DDR, die in enger Brüderschaft mit Moskau den Weg in eine sozialistische Nation beschritt. Genau das aber stand im Widerspruch zu den sowjetischen Interessen: Für die Sowjets war die DDR stets nur Verfügungsmasse gewesen. In einem günstigen oder notwendigen Augenblick konnte man sie gewinnbringend zur Disposition stellen und bis dahin wirtschaftlich ausbeuten. Dies war ein weiterer unauflöslicher Widerspruch, der die Deutschlandpolitik des Ostens manövrierunfähig machte. Welchen Rang der deutsche sozialistische Staat in Moskau einnahm, zeigt die Autobiographie von Andrej Gromyko »*Erinnerungen*«: Die Namen von Ulbricht und Honecker tauchen nicht ein einziges Mal auf.“

In Hamburg war auch *Der Spiegel* grenzenlos enttäuscht: „Dabei hatte die Ära Honecker so viel versprechend begonnen. Im Mai 1971 war der zeitweilige Landarbeiter und Dachdeckerlehrling Honecker dank der Rückendeckung der Sowjets in einer Palastrevolte gegen Walter Ulbricht an die Parteispitze gekommen. Der neue Mann galt in Ost wie West als unbeschriebenes Blatt – seltsam genug, denn Honecker hatte immer im inneren Kreis der Macht gestanden. Der Mauerbau-Planer von 1961 und der spätstalinistische Scharfmacher, der 1965 »schädliche Tendenzen« im Kulturbetrieb gezeißelt hatte: vergessen. In der DDR wie andernorts war man 1971 bereit, dem »jungen Mann« von 58 Jahren eine Chance zu geben.“ Leider wurde hier nicht präzisiert, wo genau *Andernorts* war.

Leider ist dem *Spiegel* erst in den neunziger Jahren aufgefallen, dass der junge Mann in Ost-Berlin „auf subtile Mechanismen der Kontrolle und Überwachung, Einschüchterung und Unterdrückung“ setzte. Die Empörung beim *Spiegel* war gewaltig: „So blieb die DDR ungeachtet der

freundlicheren Fassade auch unter dem neuen Mann, was sie von Anbeginn gewesen war: eine stalinistisch geprägte Diktatur. [...] Die Staatsdoktrin der DDR besaß so alle Züge einer weltlichen Religion, als deren irdischer Sachwalter Honecker, wie Ulbricht vor ihm, zunehmend auch gegenüber den Sowjets auftrat. Als Michail Gorbatschow den Kommunismus ab 1985 zu reformieren versuchte, brandmarkte ihn Honecker als Häretiker.“ Was Bonn nicht von Hilfe für ihn abhielt.

Hören wir Stimmen aus dem inneren Zirkel der Macht. Mein Favorit Wolf soll hier den Anfang machen: „Ich vertraute meinem Tagebuch damals Zweifel über die Gesetzmäßigkeit des Verlaufs der Geschichte an, weil ich wieder einmal sah, wie sehr die Politik von Schwächen, Ambitionen und Emotionen der einzelnen Akteure bestimmt wurde.“ Und was hielt der Chefökonom Günter Mittag von seinem Meister? „Er wollte heikle Themen vertagen. Man konnte mit ihm reden, aber er änderte nichts.“ Hören wir auch den Milliarden-Jongleur Alexander Schalck-Golodkowski: „Der Anfang vom Ende der DDR begann 1971. So widersprüchlich dies aus heutiger Sicht erscheint, damals empfand ich diese Zeit als Aufbruch in eine neue vielversprechende Ära.“ Einer von denen, die das Gefühl hatten, ihr Rat würde in der DDR nicht gehört, war der Ökonom Werner Obst. Er ging in die BRD, versauerte aber nicht, sondern gab noch von dort aus Hinweise, wie man selbst unter den Bedingungen der Planwirtschaft gut wirtschaften kann. Da sich Günter Mittag seine ökonomischen Schlussfolgerungen jedoch von Honecker diktieren ließ, der Genosse Meister aber nicht ökonomisch, und, streng genommen, gar nicht ausgebildet war, prallten viele gut gemeinte Hinweise am großen Meister ab. Hörenswert ist in diesem Zusammenhang eine späte Einsicht von Markus Wolf: „Verständlich ist die Frage der Jüngerer an uns Ältere, weshalb wir uns dieser im Widerspruch zu den »Leninschen Normen des Parteilebens« stehenden Disziplinierung mehr oder weniger widerstrebend immer wieder gefügt haben. Auch ich muss mich dieser Frage stellen.“

Ökonomisch betrachtet, bestand der Kern der Veränderungen unter Herrn Honecker darin, dass er die erwirtschafteten Mittel nicht mehr

vorwiegend in die Wirtschaft reinvestierte, sondern einen größeren Anteil der Mittel für die Herstellung von Konsumprodukten benutzte. Das führte natürlich vordergründig zu einem höheren Konsum, wobei auffiel, dass es allmählich einige Produkte gar nicht mehr im Handel zu kaufen gab. Das dürfte an der Enteignung kleiner und mittlerer Betriebe und ihrer Überführung in größere Kombinate gelegen haben. Dabei orientierte man sich an den großen Konzernen in Amerika und in West-Europa. Es blieb jedoch unberücksichtigt, dass es dort neben den großen Konzernen auch weiterhin kleine und mittlere Betriebe gab, die in der Lage sind, auch kleinere Stückzahlen herzustellen, und flexibel genug sind, um schnell von einem Produkt zum nächsten zu wechseln. Vom Magazin *Focus* wurde der letzte Leiter der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, gefragt: „Und die Enteignung der mittelständischen Betriebe 1971, die Zerstörung des letzten Stückchens Marktwirtschaft?“ Schürer antwortete darauf: „Das war einer der größten Fehler. Ulbricht hatte die privaten und halbstaatlichen Betriebe immer belassen. Sie haben im Konsumgüterbereich die Marktlücke für tausend kleine Dinge des Alltags gefüllt. Das reichte vom Reißverschluss bis zur Angelausrüstung. Die staatliche Planung konnte das gar nicht leisten.“ In den Bereich der Konsumtion gehörte übrigens, mit verheerenden Folgen, auch der Wohnungsbau – zumal bei viel zu niedrig angesetzten Mieten.

Von Alexander Schalck-Golodkowski war zu erfahren: „Honeckers bevorzugte Betätigungsfelder waren die Gesellschafts- und Außenpolitik und die großen Personalfragen. In der Wirtschaftspolitik, von der er nicht viel verstand, verließ er sich weitgehend auf Günter Mittag, doch bei ihm wichtigen Angelegenheiten fällte der Generalsekretär sehr wohl auch in diesem Feld selbst Entscheidungen. Ein leidiges Beispiel dafür ist die Preispolitik. Es gab bei uns feste Preise, deren Höhe nicht von Angebot und Nachfrage und dem Rentabilitätsinteresse der Betriebe, sondern von sozialpolitischen Erwägungen bestimmt war. Die Grundversorgung der Bevölkerung – Wohnraum, Nahrungsmittel, Kinderbekleidung, Nah- und Fernverkehr, Stromversorgung, Kinderkrippen – wurde stark subventioniert. Wie jeder DDR-Bürger spätestens

nach der Wende erfahren musste, entsprachen diese Preise auch nicht annähernd den Kosten. Dies wuchs sich zu einem Dauerproblem aus, dem man vernünftigerweise gegensteuern musste. Rein ökonomisch gesehen war es zwingend, die Preise zu erhöhen.“

In dem erwähnten Interview fragten Reinhold Andert und Wolfgang Herzberg den ehemaligen Genossen Erich Honecker auch: „Aber es ist doch insgesamt nicht gelungen, die permanente Mangelsituation im Konsumsektor hier zu überwinden. Das war der ausschlaggebende Punkt, warum die Bevölkerung dann den Sozialismus letztlich fallengelassen hat.“ Erich Honecker wusste da zu kontern: „Das eine hängt mit dem anderen zusammen. Sie wissen ganz genauso wie ich, dass zum Beispiel auf textilem Gebiet die Modefrage eine entscheidende Rolle bei der Profitmaximierung in der kapitalistischen Welt spielt. Ob mal ein Rock lang oder kurz ist und so weiter. Die Mode wirkt selbstverständlich auch auf die Entwicklung der Industrie. Aber das wird in der kapitalistischen Welt hauptsächlich durch die Profitwirtschaft forciert. [Der DDR-Mensch wollte vielleicht auch mal was anderes anziehen?] Und was die anderen Fragen betrifft, so muss ich doch immer wieder darauf hinweisen: Bei uns konnten alle satt werden!“ Da hatte der gute Mann in den meisten Fällen Recht. Bleiben wir jedoch trotz allem bei der Mehrheit der Leute. Da diese Journalisten jedoch durchaus hören wollten, warum nach Seiner Meinung die Leute am Ende ganz banal wegliefen, zweifelte der eine: „Aber der Mensch lebt nicht vom Brot allein.“ Das war sicher ganz richtig, konnte den Genossen Honecker aber auch nicht aus der Ruhe bringen: „Das sagen Sie mit Recht. Aber er lebt auch nicht allein von der Literatur und vom Geistigen, obwohl wir doch sehr hohe Auflagen hatten. Die DDR war ein sehr lesefreudiges Land.“ Da hatte er unbestreitbar Recht; was will man andererseits machen ohne die *Shopping Malls*, in denen die Leute heute so *abhängen*. Wir haben damals viel gelesen und diskutiert. Nun versuchte es einer der Journalisten noch einmal damit: „Aber die Menschen sind dann überall sehr schnell in Richtung Kapitalismus umgekippt.“ Sicher hatte er das fein bemerkt, doch Herr Honecker wusste auch darauf eine sehr kundige Antwort: „Was wollten die Menschen? Man kann doch nicht

sagen, dass unsere Schaufenster zum Schluss schlecht waren. Aber plötzlich durch ein westliches Kaufhaus zu laufen, war dann doch etwas anderes! Solche Kaufhäuser konnten wir auch haben, wir brauchten dazu bloß die Preise zu erhöhen.“ Leider fragte ihn keiner der beiden daraufhin, warum er gegen den Rat der Fachleute dann die Preise nicht erhöht hat. Außerdem meinte der Genosse Honecker an dieser Stelle auch Seine Preise für Grundnahrungsmittel, zu denen er bemerkenswerterweise Bier zählte. Gebrauchsgegenstände wie Fernseher mit Farbe drin zählte er zu den Luxusgütern. Als die Welt für ihn zusammengebrochen war, sahen sich Seine Menschen in der Siedlung Wandlitz um und staunten: „Ein Farbfernseher etwa, der im Großhandel für 1500 Mark zu haben ist und für 1900 bis 2000 Mark über westliche Ladentische geht, kostete die Wandlitzer nur 1700 bis 1750 Ost-Mark. Ein normaler DDR-Bürger musste für ein vergleichbares Gerät 6500 Ost-Mark hinblättern – sechsmal so viel, wie ein Facharbeiter im Monat verdient. Von dem Angebot wurde reichlich Gebrauch gemacht. Wirtschaftslenker Mittag etwa legte sich jedes Jahr durchschnittlich zehn TV-Geräte zu.“ Er war sicher im FDGB – Für Die Guten Bekannten.

Zur Illustration der Erkenntnis, die DDR hätte auch solche Kaufhäuser haben können, wenn man die Preise erhöht hätte, hier eine schöne Gesprächssequenz zwischen Honecker und dem letzten SED-Chef von Dresden, Hans Modrow: „Honecker gab ihm eines Tages eine Liste mit Preisvergleichen DDR/BRD. Die Zeitungen sollten sie drucken, um zu beweisen, wie gut und billig es sich in der DDR lebt. Modrow sah sich die Liste an, strich die Positionen Kalbshaxe und ungarische Salami. Am Tag darauf fragte ihn der Generalsekretär, warum er in der Liste rumgestrichen habe. Modrow: Ich habe gestrichen, was es nicht zu kaufen gibt. Honecker erbot: Du bist doch nicht Dubček!“ Er spielte damit auf den tschechischen Reformkommunisten an, der 1968 abgesetzt worden war. Aber was nutzte der günstige Preis ohne Ware?

Der Ökonom Werner Obst, der in der DDR leider so wenig zum Zuge kam wie auch Hans-Dietrich Genscher, schrieb dann in Westdeutschland in *DDR-Wirtschaft, Modell und Wirklichkeit*: „In der DDR ging die

Sparquote trotz stabiler Preise zurück. Die Westdeutschen haben also trotz enormer Mietsteigerungen einen von Jahr zu Jahr steigenden Einkommensanteil auf die hohe Kante gelegt.“ Und über die gute Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik unter der Devise „Alles zum Wohle der DDR“ schrieb Jochen Staadt: „Ideell erfeilschten sie die Anerkennung der Realitäten, materiell eine Subventionierung ihrer Misswirtschaft in noch unbekannter Größenordnung.“

Bei Alexander Schalck-Golodkowski findet man traurige Belege für die willkürliche und unwissenschaftliche Wirtschaftsführung von mehr oder weniger ungelernten Arbeitern und Bauern: „»Was kosten eine Million Jeans aus dem Westen?« fragte mich 1973 Horst Sindermann, seinerzeit neuer Vorsitzender des Ministerrates. [...]

Ich wusste, dass eine Hose 30 bis 40 DM kostete und nannte also die erkleckliche Summe von 30 bis 40 Millionen. Sindermann hatte zu Zahlen kein Verhältnis und sorgte dafür, dass der Import von Jeans durch das Politbüro beschlossen wurde. Tatsächlich verbesserte sich in der ersten Hälfte der siebziger Jahre die Stimmung in der Bevölkerung merklich.“ Es unterhöhlte allerdings die Zukunftsfähigkeit des Landes.

Oder diesen hier: „Honecker rief an. Krenz lief vor Wut rot an und knallte fast den Hörer auf: »Unser Generalsekretär hat Sorgen! Dem fällt gerade ein, dass die Politbüroetage neue Teppichware braucht. Gibt er mir glatt die Direktive, dafür zu sorgen, dass die zweite Etage komplett neu ausgelegt wird. Weiß der denn nicht, dass Teppichware knapp ist?!« Ich bot Krenz an einzuspringen, aber er wollte keine Importware. Krenz wandte sich dann an die zuständige Abteilung des ZK – in der Hoffnung, Honecker mitteilen zu können, dass keine passende Teppichware vorrätig sei. Doch wundersamerweise war die Ware vorhanden und wurde am Wochenende vor der Rückkehr des Generalsekretärs verlegt. Damit war die Sache aber nicht zu Ende. Honecker gefiel die Farbe nicht. Krenz erzählte mir später, dass er fast täglich daran herumwälzte, flankiert von Mittag, der die Qualität bemängelte. Mittag gab auch diesen Ball an mich weiter. Jetzt war es doch an mir, Teppichware im Westen zu besorgen. Hell sollte es sein.

Doch erst mal musste das ganze nagelneue Zeug wieder raus.“ Genau. Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!

Hören wir nach dieser Wiedergabe noch zwei volkstümliche Interna von Alexander dem Großen: „Jeden Morgen lagen in Wandlitz frische Brötchen vor den Haustüren. Der Lieferservice wurde vom Letexladen organisiert. Gegen 6 Uhr in der Frühe tuckerte ein Wartburg durch die Siedlung. Das Geräusch des Zweitakters war in den stillen Straßen weithin zu hören. Was den einen den Wecker ersetzte, war für die anderen ein Ärgernis. Irgendwann beschwerte sich Erich Honecker. Das Problem mussten wir von KoKo lösen – ein Elektroauto kam her.“

„Oder die Geschichte von Sonja und den Kinderanoraks. Bei Kinderbekleidung kam es besonders oft zu Versorgungsmängeln, was an den extrem niedrigen, stark subventionierten Preisen lag. Man wollte und musste familienfreundlich sein. Sonja wohnte in Berlin, in unmittelbarer Nähe des Kinderkaufhauses in der Leipziger Straße. Das war eine beliebte Einkaufsstätte, nicht nur für DDR-Bürger, sondern auch für die in West-Berlin stationierten Alliierten. Also, Sonja stellte fest, dass Anoraks fehlten. Sie wandte sich an ihren Vater. Der Winter stehe vor der Tür, es müsse etwas geschehen. Honecker beauftragte Mittag, die Lage zu überprüfen. Der sollte Vorschläge unterbreiten und das Problem prinzipiell lösen. Dann war ich wieder dran. Mittag wies mich an, Sofortimporte aus kapitalistischen Ländern durchzuführen. Sofort heißt teuer. Alles kostet mehr, wenn man es auf der Stelle will. Die Kosten für diese Aktion überstiegen schließlich sogar die der teuer subventionierten DDR-Produktion.

Und die Spirale schraubte sich weiter in die Höhe: Was sollten die importierten Anoraks kosten? Nur mühsam konnte das Ministerium für Handel und Versorgung beim Amt für Preise durchsetzen, dass die Anoraks aus Süd-Korea, aus Taiwan und aus der Volksrepublik China zwischen 30 und 50 Mark der DDR mehr kosten sollten als sonst. Weil diese Anoraks irgendwie hübscher waren als unsere, wurden sie trotz der höheren Preise sofort gekauft. Und eine ganze Menge bestimmt auch von den Alliierten, die gern ihre Devisen zum Schwarzmarktkurs

von 1 : 5 umtauschten. Das Ergebnis der ganzen Aktion: Wir hatten viel Geld ausgegeben, und am Ende gab es immer noch nicht genügend Anoraks.“ Küchenkabinett. Das sowjetische schwarze Schaf Alexander Solschenizyn war in Unserer DDR immer sehr unbeliebt. Lag das etwa an diesem Spruch? „Früher hat mich besonders interessiert, wie man alles besser verteilen kann, was ohne mich geschaffen wurde. Jetzt aber beunruhigt mich vor allem, wie man schaffen kann. Die besten Köpfe des Landes müssten sich damit beschäftigen zu schaffen – denn verteilen können auch die schwächeren Köpfe.“

Das fiel auch Gerhard Schürer auf. Er hatte, wie Sie wissen, die Staatliche Plankommission geleitet, ging aber leider auch dann noch nicht zum militärischen Widerstand gegen den Gutmenschen über, als er sah, dass dieser Alexander Solschenizyn Recht hatte: „Erich Honecker hatte 1971/72 mit der Formel »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« den verhängnisvollen Kurs eines erhöhten Konsums zu Lasten der Investitionen eingeschlagen – und das auf Kredit. Als ich Honecker im Politbüro vor dieser Politik warnte, wurde ich als »Saboteur« abgebürstet. Alle haben sich schließlich über den verbesserten Konsum gefreut – und die Zahlungsbilanz war »Geheime Verschlussache«, von der niemand etwas wissen durfte! Unter Walter Ulbricht hatten wir zwei Milliarden Mark Schulden im Westen.

Unter Honecker wuchs der Schuldenberg dann in sechs Jahren auf 20 Milliarden D-Mark an. 60 Prozent dieser Kredite flossen in den Verbrauch. Wir haben ja sogar Blumen mit 450 Millionen Mark im Jahr subventioniert, das war absoluter Wahnsinn, den ich beenden wollte. Denn damit gingen die Grundlagen für die Rückzahlungen verloren. Aber Honecker hat auf Pump gelebt. 1976 haben Günter Mittag und ich Honecker nochmals gewarnt, dass die DDR in Richtung der Unregierbarkeit driftet, wenn wir uns weiter verschulden. Honecker hat das als Dolchstoß empfunden. Mittag fiel dann um.“

So kam es, wie es wahrscheinlich tatsächlich kommen musste: „Die Rechnung ging nicht auf; zu viel Geld wurde für den Konsum abgezweigt, um das Volk ruhig zu halten. Die Verbindlichkeiten der DDR

gegenüber der eigenen Staatsbank verzehnfachten sich unter Honecker auf 123 Milliarden; die Auslandsschulden stiegen gar um das 25-fache: von 2 Milliarden Westmark im Jahr vor Honeckers Amtsantritt auf fast 50 Milliarden bei dessen erzwungenem Abgang 1989. Seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hangelt die DDR sich permanent am Abgrund des Staatsbankrotts entlang. Allein Devisenströme aus der Bundesrepublik bewahrten sie vor dem Offenbarungseid: Transitpauschale und Zwangsumtausch (zusammen eine Milliarde Mark pro Jahr), großzügige Häftlingsfreikäufe (rund 3,4 Milliarden insgesamt, im Mittel 100 000 pro Kopf) oder ein dauernd eingeräumter zinsloser Überziehungskredit (»Swing«) von zuletzt 850 Millionen.“

Unser lieber Genosse Erich: „Seit 1971 ist er selbst als Erster Sekretär der SED auch der erste Mann im Staat. Weihevoll winkt der vom Volk Ungewählte mit dem spießigen Rentnerhütchen und der stets heiseren Fistelstimme den Marschkolonnen der Grenztruppen zu, die wie Marionetten in gewienerten Knobelbechern im preußischen Stechschritt an der Tribüne vorbeiziehen. Auch der Bergarbeitersohn aus dem saarländischen Neunkirchen, der seit seinem 18. Lebensjahr hauptamtlicher KP-Funktionär ist, hat es bislang nicht vermocht, den eigenen Bürgern den Sozialismus in seiner real existierenden Variante schmackhaft zu machen. In Massen versuchen die Menschen weiterhin, ihr ungeliebtes Land zu verlassen. Auf jene, die den direkten Weg über die Mauer suchen, lässt die SED »schießen wie auf Hasen«, so 1976 ARD-Korrespondent Lothar Löwe, der für diese unbequeme Wahrheit prompt des Landes verwiesen wird. Dennoch wagen es Zehntausende. Bis zum Mauerfall sterben, nach heutigem Wissen, mindestens 943 Menschen beim Versuch, die grausame Grenze zu überwinden – im Schnitt etwa alle zehn Tage ein Toter, 28 Jahre lang. Der Wunsch der Menschen nach Freizügigkeit bleibt der wunde Punkt des SED-Regimes. 1984 hat das Politbüro in einem Befreiungsschlag fast 35 000 »Nörgler« aus dem Land gelassen, um Druck aus dem Dampfkessel DDR zu nehmen. 1983 waren es weniger als 8000 gewesen. Doch statt als Ventil hat die Massenausreise im Umfang einer Kleinstadt als Signal gewirkt: Es ist möglich, rauszukommen!“

## Denkstoff

Hier sollen einige Begriffe nun noch einmal vernünftig erklärt werden. Fangen wir mit diesem an: „Demokratie [lat., gr., „Volksherrschaft“]: Staatsform, Art u. Weise der polit. Machtausübung, deren Inhalt u. Funktion vom Klassencharakter des Staates u. letztl. von den herrschenden Prod.sverhältnissen der jeweiligen Gesellschaft bestimmt wird. Die D. trägt stets Klassencharakter u. ist in der antagonist. Klassengesellschaft die (oftmals verschleierte) Diktatur der ökonom. u. polit. herrschenden Klasse. Die bürgerl. Auffassung von einer »reinen« angebl. über den Klassen stehenden D., die der Diktatur gegenübergestellt wird, widerspricht der histor. Wirklichkeit. Die D. dient heute dazu, den Klassencharakter der Herrschaft des Monopolkapitals zu verschleiern. [...] Deshalb besteht ein prinzipieller Unterschied zw. bürgerl. D. u. sozialist. D. Die sozialist. D. ist die höchste Form der D. Die polit. Macht der Arbeiterklasse u. das sozialist. Eigentum an den Prod.smitteln bilden das Fundament für eine wirkl. Volksherrschaft. [...] Alle Bürger haben reale, materiell gesicherte Grundrechte. [...]“

Und was ist eigentlich: „Diktatur: [lat.] f: Herrschaft einer Klasse über eine andere mittels des Staates. Die polit. Formen der D. sind von den jeweiligen histor.-konkreten gesellschaftl. Verhältnissen u. Bedingungen abhängig u. äußerst mannigfaltig. Diktatur des Proletariats: polit. Herrschaft der Arbeiterklasse, die im Ergebnis des polit. Sieges der sozialist. Revolution errichtet wird. Die D. wird durch die führende Rolle der Arbeiterklasse u. ihrer marxist.-leninist. Partei charakterisiert u. ist eine spezif. Form des Klassenbündnisses der Arbeiterklasse mit anderen werktätigen Klassen u. Schichten, vor allem der werktätigen Bauernschaft; sie ist eine allg. Gesetzmäßigkeit der sozialist. Revolution u. des sozialist. Aufbaus. Die D. ist die Fortsetzung des Klassenkampfes der siegreichen Arbeiterklasse in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus gegen die besiegte, aber noch existierende Bourgeoisie, die in dieser od. jener Form versucht, ihre Macht wieder zu errichten. Die D. ist aber nicht nur u. nicht in erster Linie Gewaltanwendung. Ihr entscheidender Wesenszug ist die schöpfer.,

aufbauende Arbeit, die Schaffung sozialist. Prod.sverhältnisse, die durch kameradschaftl. gegenseitige Hilfe u. Zusammenarbeit gekennzeichnet ist. Vor allem ergibt sich die Notwendigkeit der D. daraus, dass die Arbeiterklasse u. ihre marxist.-leninist. Partei die schöpferische Initiative der Volksmassen für den sozialist. Aufbau freisetzen, sie führen u. organisieren müssen. Mit dem Sieg der sozialist. Prod.sverhältnisse u. der Gestaltung der entwickelten sozialist. Gesellschaft tritt die Unterdrückungsfunktion der D. mehr u. mehr in den Hintergrund; ihre organisierende, gestaltende u. erzieher. Rolle wird immer bedeutungsvoller. Der sozialist. Staat selbst entwickelt u. festigt sich ständig. »Er ist das Hauptinstrument der von der Arbeiterklasse geführten Werktätigen bei der Gestaltung der entwickelten sozialist. Gesellschaft u. auf dem Wege zum Kommunismus« (Programm der SED). Die D. dient der Lösung der wirtschaft.-organisator. u. kulturell-erzieher. Aufgaben. Mit der Entstehung u. Festigung des sozialist. Weltsystems hat der internat. Charakter der D. eine neue Qualität erhalten. Sie findet ihren Niederschlag vor allem im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe u. im Bündnis der Warschauer Vertragsstaaten. Die Anerkennung des zutiefst demokrat. Charakters der D. für die Werktätigen ist das entscheidende Kriterium für den revolüt. Charakter u. die Wissenschaftlichkeit der Theorie u. Politik der Arbeiterparteien.“ Ich wollte auch nur, dass Sie sich gut daran erinnern, dass in der verblichenen DDR früher alles besser war. Auch die Lexika.

„Volk [germ., »Heerhaufe(n)«], Volksmassen: Gesamtheit aller der Klassen, Schichten u. sozialen Gruppen, die entspr. dem Charakter der jeweiligen histor. Epoche u. entspr. den konkreten Bedingungen an der Durchsetzung des gesellschaftl. Fortschritts objektiv interessiert sind. Der Begriff V. ist deshalb eine sich verändernde u. konkret hist. bestimmte Kategorie.“ Das war das voll krasse *Meyers Universallexikon* vom VEB Bibliographisches Institut Leipzig aus dem Jahr 1982.

Die *Berliner Morgenpost* amüsierte sich wie Bolle über diesen *Heerhaufen* dort im Osten: „Soviel Misstrauen hatten die Hötenslebener indessen gar nicht verdient. Sie waren zumeist ziemlich brave DDR-Bürger.“

»Hier sind nur wenige rübergemacht«, sagt Elisabeth Hoffmann im Gemeindeamt, und die Versuche diverser Politprominenz auf der Westseite, von einem eigens errichteten Podest aus Kontakt mit den »Zonis« aufzunehmen, scheiterten gemeinhin an deren schüchternem Schweigen. Fred Przylepa, dessen Haus ebenfalls an der einstigen Demarkationslinie liegt, weiß genau, warum: Einmal hatte seine Frau der Westverwandtschaft die Maße der Jeans herübergebrüllt.

Am nächsten Tag durften sie sich im Gemeinderat die Abmahnung wegen »unerlaubter Kontaktaufnahme« abholen und sich bei der Gelegenheit per Tonband und Foto von der Wachsamkeit der grenzschützenden Genossen überzeugen.

Das Spitzelsystem im Sperrgebiet funktionierte nahezu perfekt. Von den 146 Personen, die sich zwischen dem 1. November 1987 und dem 31. Oktober 1988 im Bereich des Grenzkreiskommandos 202, zu dem auch Hötenleben gehörte, unerlaubt gen Westen bewegten, fielen nur 19 direkt den Grenztruppen in die Hände. 120 dagegen wurden durch die »Organe des Zusammenwirkens«, sprich: freiwillige Helfer, Polizei und Stasi, schon im Vorfeld geschnappt.“ Aber lassen Sie uns noch zwei weitere Begriffe klären: „Auch wenn ein Spitzel denunziert, so ist er doch von der Figur des Denunzianten zu unterscheiden: Ein Spitzel nutzt nicht nur Gelegenheiten aus, er hat den Auftrag, sie aktiv herzustellen. Und so steht selbst der Verräter noch über ihm. Zwar verrät auch ein Spitzel, doch im Unterschied zum Verräter hat er nie die Sache oder politischen Ziele und Träume geteilt, für die Menschen sich einsetzen (...). Ein Spitzel besitzt auch nicht den Hauch einer Souveränität, wie sie vielleicht ein Agent oder Spion im Sold einer ausländischen Staatsmacht beanspruchen kann.“

Dass es sich bei Erich Honecker natürlich nicht um einen richtigen Diktator handelte, kann man im *Deutschen Wörterbuch* von Gerhard Wahrig überprüfen. Dort heißt es: „Diktator [m. 23; im antiken Rom] in Notzeiten für sechs Monate eingesetztes Regierungsoberhaupt mit höchster Gewalt; (allg.) Herrscher mit unbeschränkter Gewalt [lat. dicator]“. Da wünscht man sich die guten alten Zeiten zurück. Dieser Mensch hat es achtzehn Jahre lang gut mit uns gemeint.

## Berlin, Berlin

Im August 1971 kam der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko mit Experten nach Berlin, um mit Erich Honecker über die Kernpunkte des Vierseitigen Abkommens zu reden. Valentin Falin erinnerte sich: „Honecker dagegen sieht genau, wo der Hut nicht auf den Nagel passt, dass nämlich die Trennlinie zwischen beiden deutschen Staaten nach seinem Geschmack nicht scharf genug gezogen ist. Mit den mir zur Verfügung stehenden Mitteln versuche ich, Honecker meine Zweifel an diesem Standpunkt nahezubringen. Ergebnis: Die Parole »Abgrenzung« wird noch durchdringender herausgeschrien. Na gut, es sei gewagt: Ich empfangen in der sowjetischen Botschaft in Bonn eine Gruppe von DDR-Politikern; einer von ihnen, so vermuten wir, wird Honecker über die Stimmung der sowjetischen Vertreter in Bonn informieren. Ich schildere den Besuchern, wie mir die augenblickliche Situation in der BRD und ihre Entwicklung in nächster Zukunft erscheint. Wörtlich sage ich dann: »In diesem Zusammenhang ist mir Erich Honeckers Standpunkt unverständlich. Er redet bei jeder Gelegenheit über die Abgrenzung. Honecker steht es frei zu denken, was er will, doch weshalb er sich bemüht, die Stimmung gegen die Verträge aufzuheizen, das ist mir ein Rätsel.«“

Valentin Falin war von 1971 bis 1978 sowjetischer Botschafter in Bonn. Erich Honecker war sehr erstaunt, dass auf dem Wege über Valentin Falin und Herbert Wehner (SPD) zum Teil handschriftliche Notizen an Leonid Iljitsch Breschnjew nach Moskau weitergeleitet wurden. Wegen der so entstandenen Verwirrung ist Hermann Axen (SED) extra nach Moskau gereist. Das war (nach Wehners Tod) in der *FAZ* zu erfahren.

Am 3. September wurde das Vierseitige Abkommen über Berlin-West unterzeichnet. Dazu sagte Egon Bahr (SPD) vor seiner Wende: „Und wir müssen uns wohl auch darüber im Klaren sein, dass die Sicherung Berlins durch das Vier-Mächte-Abkommen nicht durch eine andere Konstruktion zu ersetzen ist. Und diese Situation verbietet, dass die

Bundesrepublik die DDR völkerrechtlich anerkennt. Es ist hier zuweilen schwer, dies klarzumachen. Es war in Moskau nicht einfacher.“

Brandt verstand überhaupt nicht, warum manche West-BerlinerInnen das Gefühl hatten, dass sie jetzt endgültig eingemauert sind. „In Berlin selbst ist der Erfolg zunächst wenig gewürdigt worden. Der Abschied von der Vorstellung einer Hauptstadt im Wartestand war nicht leicht. Statt darin bestätigt zu werden, musste man hinnehmen, nicht mehr als »konstitutiver Teil« der Bundesrepublik gewertet zu werden. Die Einschränkung demonstrativer »Bundespräsenz« war allerdings nicht sonderlich belastend, sie wurde durch großzügige Bundeshilfe für die Kulturmetropole Berlin kompensiert.“ Na wunderbar.

Inzwischen war Axel Springer mit Sack und Pack nach Berlin gezogen. Für die Stimmungsmache gegen Brandts Deutschland-Politik wurde er oft genug gescholten, doch er hatte dem deutschen Publikum noch mehr zu sagen. Am 4. Juli 1971 schrieb er in seiner *Welt am Sonntag* und am 26. Juli im *Congressional Record*, dem offiziellen Bulletin des amerikanischen Parlaments: „An diesem Sonntag feiern die Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika zum 195. Mal den Jahrestag ihrer Unabhängigkeit vom englischen Mutterland. Die Unabhängigkeitserklärung [...] »Folgende Wahrheiten erachten wir als selbstverständlich: Dass alle Menschen gleich geschaffen sind, dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen, unveräußerbaren Rechten ausgestattet sind, dass dazu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören, dass zur Sicherung dieser Rechte Regierungen unter den Menschen errichtet werden, die ihre rechtmäßige Macht aus der Zustimmung der Regierten herleiten. [...] « So lauten die Kernsätze, und sie gelten für die Menschen überall. Wir Deutschen haben in der Vergangenheit keinesfalls immer nach diesen Kernsätzen gelebt, die jedem Menschen das selbstverständliche Recht zugestehen, nach seiner Fassung selig zu werden. Wir waren von Gott abgefallen, und dem folgte der Abfall vom Menschen, dem Ebenbild Gottes.“ Das war die weniger bekannte Seite des großen Axel Springer. Wir können auch anders.

## **Breshnjew allein auf dem Flugplatz**

Über ein überraschend privates Zusammentreffen mit dem Moskauer Staatschef am 16. September 1971 hielt Willy Brandt fest: „Im folgenden Jahr, während der Sommerpause 1971, erreichte mich die Frage, ob ich Breschnew Mitte September für ein paar Tage auf der Krim besuchen wolle – ohne Protokoll und »Delegation«. Der sowjetische Chef nahm es mit dem Verzicht auf das Protokoll so ernst, dass er ganz allein auf dem Flugplatz von Simferopol stand, als ich am Nachmittag des 16. September landete. [...]

Im Flughafengebäude stieg ein Empfang, der sich sehr in die Länge zog; der Witzevorrat, aus dem wir beide schöpften, schien unerschöpflich, die Atmosphäre war entsprechend locker. [...] In Oreanda sprachen wir mehrmals über Stunden miteinander. Vorrangig über die bilateralen Beziehungen und Möglichkeiten europäischer Zusammenarbeit. [...] Ich war beeindruckt davon, wie Breschnew – nach den auflockernden Stunden im Gästehaus des Flugplatzes und als wir uns auf den Weg hinunter zur Krim begaben – die deutsche Frage zugleich anschnitt und aus der Diskussion nahm. Als der Wagen startete, legte er seine Hand auf mein Knie und sagte: »Ich verstehe Sie, Willy Brandt, was Deutschland angeht. Aber nicht wir, Hitler ist dafür verantwortlich.« Oder sagte er sogar, wir könnten jetzt nichts daran ändern?“

Brandt konnte sich glänzend daran erinnern, dass die Opposition im Bundestag auch diese Gelegenheit nicht ungenutzt verstreichen ließ, um Brandt da gleich noch eine reinzudrücken: „Törichte Opponenten verwechselten absichtlich meine und Breschnews 71er Beratung in Oreanda mit dem Ministerrat der NATO; doch dieser war es, der – für mich mit – positiv über die Mitwirkung an einer Europäischen Sicherheitskonferenz entschied.“ Doch auch bei dieser Gelegenheit fiel ihm nicht auf, dass es überhaupt nicht darum ging, von wem die Sicherheitskonferenz nun schon wieder angeregt wurde, sondern dass es darum ging, eine solche Konferenz auch weiterhin zu verhindern.

Die Äußerung Leonid Breschnjews zu Brandt in der deutschen Frage entspricht durchaus der Linie, wie er sich zuvor Honecker gegenüber am 28. Juli 1970 in Moskau ausgedrückt hatte: „Die DDR kann ohne uns, ohne die SU, ihre Macht und ihre Stärke, nicht existieren. Ohne uns gibt es keine DDR. Die Existenz der DDR entspricht unseren Interessen, den Interessen aller sozialistischen Staaten. Sie ist das Ergebnis unseres Sieges über Hitlerdeutschland. Deutschland gibt es nicht mehr, das ist gut so. Es gibt die sozialistische DDR und die kapitalistische Bundesrepublik.“ Die mehr oder minder erfolgreich real existieren.

Nichtsdestotrotz bleibt mir doch die Äußerung von Karl-Heinz Arnold im Kopf. Gab es eine oder zwei Linien in Moskau? Der stellvertretende Chefredakteur der *Berliner Zeitung* hatte von „Auseinandersetzungen eines sowjetischen Deutschlandexperten mit dem Generalsekretär der SED gehört, von scharfen Meinungsverschiedenheiten in eben dieser Frage“. Wie viele Monate lagen zwischen den beiden Diskussionen?

Bei Karl-Heinz Arnold hieß es weiter: „Gab es nicht von realistisch denkenden sowjetischen Außenpolitikern den Rat, die DDR möge die These von einer Nation in zwei Staaten beibehalten? Offenbar hat solcher Rat nur taube Ohren gefunden. Honecker und seine Getreuen wollten partout ihre extra sozialistische Nation, wollten dies auch per Verfassungsänderung festgeschrieben haben.“

*Spiegel*-Redakteure wissen ja bekanntlich mehr. In seinem Heft 4/1994 zitierte das Hamburger Blatt „einen ehemals ranghohen MfS-Offizier, der anonym bleiben wollte“. Mit dem Zitat des Offiziers konfrontierte man Dr. Wolfgang Vogel: „Wehner, so erzählte der MfS-Mann, habe über Sie die DDR-Regierung vor der Achse Bonn-Moskau gewarnt, als Brandt und Breschnew 1971 gemeinsam im Schwarzen Meer badeten: »Passt auf, die machen Politik über eure Köpfe hinweg!«“ Der Unterhändler konnte sich leider „an einen solchen Hinweis nicht erinnern“ und schloss „ihn eher aus“.

Der *Spiegel*-Redakteur fragte den Dr. Vogel auch, ob er sich vorstellen könne, „dass Herbert Wehner Deutschlandpolitik auf eigene Faust, an Kanzler Willy Brandt vorbei, gemacht hat“. Darauf sagte Vogel klar und deutlich: „Nein.“ Dann erläuterte er, wie das in Bonn wirklich war: „Herbert Wehner hat versucht, zwischen widerstreitenden Interessenlagen zu vermitteln. Wenn es schwierig wurde, hat er mir immer erklärt, er müsse erst mit dem ersten Mann sprechen, und die Entscheidung oder eine Erklärung aufgeschoben. Die bekam ich dann beim nächsten Mal. Er hat mir auch immer gesagt, dass er den Kanzler auf dem Laufenden halte über diese Gespräche. Eine Politik auf eigene Faust hat er, nach meiner Erfahrung und Einschätzung, nicht gemacht und auch nicht machen können.“

Ich meine, ich kann das ja nicht so beurteilen; aber warum sollte nun gerade dieser knorrige Miesepeter Wehner nicht Deutschlandpolitik an Brandt vorbei betrieben haben, wenn der Politologe Baring über die Intimfeindschaft zwischen Adenauer und Wehner festgehalten hatte: „Heinrich Krone notierte am 13. Januar 1967 in seinem Tagebuch: »Der stärkste Mann im Kabinett ist Wehner. Zu Conrad Ahlers, der in diesen Tagen den Alten Herrn aufsuchte meinte dieser: Hoffentlich wird uns der Wehner nicht krank.« [...] Kein Alleingang. [...] Da war es schon: das (berechtigte) Misstrauen gegen Brandts Absichten bei gleichzeitigem, geradezu kindlichem Vertrauen in Wehners Fairness und seine Fähigkeit, alle Fäden in der Hand zu halten.“ Seine Fairness gegenüber Adenauer. Oder wie schrieb Schmidt: „Einer der entscheidenden Faktoren für die Bonner Ostpolitik war seit 1969 der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner; dreizehn Jahre lang hat er sich, in Übereinstimmung mit seinem freidemokratischen Kollegen Wolfgang Mischnick und engstens assistiert von seinem außenpolitischen Mitarbeiter, meinem Freunde Eugen Selbmann, für den stetigen Fortgang der deutschen Ostpolitik eingesetzt. [...] Ich hingegen wusste: Wehners ostpolitische Vorstellungen waren schon klar gewesen, bevor Willy Brandt die seinigen entwickelte und bevor dessen damaliger Berliner Mitarbeiter Egon Bahr in der ersten Hälfte der sechziger Jahre vom »Wandel durch Annäherung« sprach.“

## Willy Brandt bekommt draußen einen Nobelpreis

„Als das Abbröckeln aber ein Jahr später, am 14. Oktober 1971, mit dem Übertritt des Berliner SPD-Abgeordneten Klaus-Peter Schulz zur CDU, erneut einsetzte, wurde es für die Regierung bedenklich.“ Sagen wir, für Willy Brandt wurde es langsam bedenklich. Außenminister Walter Scheel wurde 1971 der Theodor-Heuss-Preis verliehen, den 1977 auch Helmut Schmidt aus der SPD erhielt. Brandt erhielt ihn nie.

Im Ausland zumindest wurde auch Willy Brandt geehrt, denn er hatte den Moskauer und den Warschauer Vertrag stellvertretend für die Bundesregierung unterschrieben. Zehn Jahre nach seinem ersten von vier Wahlsiegen erhielt der Kanzler schließlich am 10. Dezember des Jahres 1971 den Friedensnobelpreis.

In Oslo sagte Bundeskanzler Willy Brandt dann: „Ein guter Deutscher weiß, dass er sich einer europäischen Bestimmung nicht versagen kann. Durch Europa kehrt Deutschland heim zu sich selbst und den aufbauenden Kräften seiner Geschichte. Unser Europa, aus der Erfahrung von Leiden und Scheitern geboren, ist der bindende Auftrag der Vernunft.“ Das haben alle anderen Kanzler vor ihm genau so gesagt; sie meinten nur eben nicht Europa sondern das Drittel davon, dem die Besser-Wessi ein schönes Leben zgedacht hatten. Und Polen, wozu denn Polen und der ganze Balkan?

„Die Paraphierung des Abkommens mit der DDR in Berlin und die Verleihung des Friedensnobelpreises an Willy Brandt in Oslo fielen fast auf den Tag zusammen“, schrieb Markus Wolf und weiter: „Dazu notierte ich am 11. Dezember 1971 in meinem Tagebuch: »Brandt hielt eine seiner emotional wirkenden Reden. Er legte heute ein beachtenswertes politisches Bekenntnis ab, mit viel aufhorchend machenden Gedanken eines Kosmopoliten, denen man zustimmen muss.«“ Und Wolf fügte ausgerechnet den Namen des Bonner Schreckens hinzu: „Für ihn traf Bismarcks Feststellung zu: »Politik ist keine Wissenschaft . . . Sie ist eben eine Kunst.«“